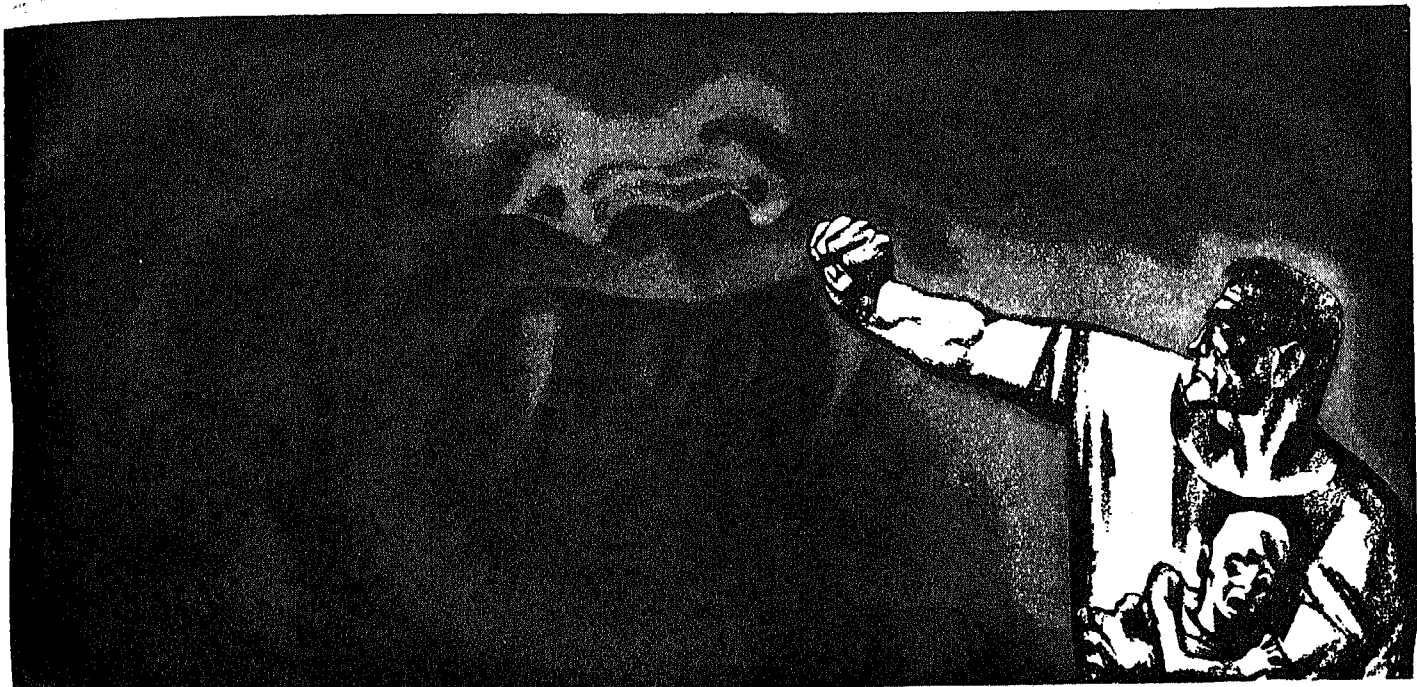




# FASCHISMUS

ORGAN DER INTERNATIONALEN TRANSPORTARBEITER-FÖDERATION

ERSCHEINT ALLE 14 TAGE IN DEUTSCH, FRANZÖSISCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, SPANISCH, HOLLÄNDISCH UND AUSZUGSWEISE AUCH IN ESPERANTO. DER BEZUGSPREIS BETRÄGT HFL. 4.- JÄHRLICH (FÜR MITGLIEDER DER DER I.T.F. ANGESCHLOSSENEN VERBÄNDE UND FÜR ARBEITERORGANISATIONEN HFL. 2.-). BESTELLUNGEN WERDEN ENTGEGENGENOMMEN: VONDELSTRAAT 61, AMSTERDAM, WEST.

No. 8

Amsterdam, den 17. April 1937

5. Jahrgang

## Italienische Arbeiter - wie Sklaven verschleppt

(ITF) Italienische Erwerbslose werden von der faschistischen Regierung als Arbeiter für Abessinien angeworben, aber dann wie Sklaven nach Spanien verschleppt und den meuternden spanischen Generälen als Kanonenfutter zur Verfügung gestellt.

Die Viscountess Hastings, eine gebürtige Italienerin, die von der spanischen Regierung die Erlaubnis erhalten hat, ungehindert mit italienischen Kriegsgefangenen zu sprechen, berichtete über diese Methodender "Press Association": "Die Behörden gestatteten mir, zwei Tage ganz ungehindert mit den Gefangenen zusammen zu sein.. Ich stellte fest, dass alle zwar... in der zweiten und dritten Märzwoche in Gefangenschaft gerieten, aber zu verschiedenen Zeiten zwischen Ende November und dem 8. März in Spanien angekommen waren.

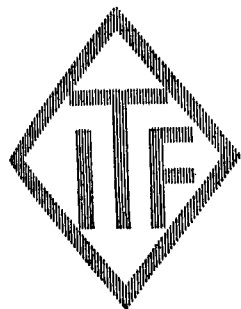
Einen Monat vorher hatten sie sich freiwillig für einen zweijährigen Dienst in den Arbeiterkolonnen in Abessinien verpflichtet und waren dann in Schulungslager gesandt worden. Alle waren erwerbslos gewesen oder hatten nicht genug verdient, um ihre Familien erhalten zu können... Im Uebungslager wurden sie plötzlich aufgefordert, sich als Freiwillige nach "einem unbekannten Ort" zu melden.

Der angebotene Sold lockte: 20 Lire pro Tag, auszahlbar an ihre Familien, solange sie ausserhalb Italiens waren; für sie selbst den regulären Soldatensold von 5 Lire pro Tag, von denen zwei Drittel jedoch für Verpflegung verrechnet wurden...

Seitdem sie Italien verlassen hatten... hat keiner von ihnen gehört, dass die Familien die versprochenen 20 Lire auch erhielten.

Ich hatte den Eindruck, dass mancher dieser einfachen Soldaten überrascht und ärgerlich waren als sie in Cadiz ankamen und feststellten, dass sie Spanier bekämpfen sollten... Andere glaubten, dass in Spanien die Bolschewiken - damit meinten sie die Russen - die Städte niedergerissen hätten und dass italienische Facharbeiter gebraucht wurden, um sie wieder aufzubauen. Erst sollten sie etwas Sicherheitsdienst tun und dann als Handwerker arbeiten. Ein oder zwei sagten, dass sie bei ihrer Ankunft sehr erstaunt waren, festzustellen, dass es noch spanische Städte gab, vor allem auf Seiten der Regierung..."

(Zitiert nach "Manchester Guardian" vom 31. März.)



Ein berufsständischer Kollektivver- (ITF) Der "Berufsstand Land- und  
 ===== Forstwirtschaft" ist die erste  
 trag. "echte" berufsständische Organisa-  
 ===== tion Österreichs. In der Land- und  
 Forstwirtschaft bestehen nicht

wie in Industrie, Transport, Gewerbe und Handel getrennte Organisa-  
 tionen für Arbeiter und Angestellte und für Arbeitgeber, die "Landar-  
 beitererschaft" ist nur eine Sektion des "Berufsstandes Land- und Forst-  
 wirtschaft" und durfte sich nicht einmal dem faschistischen "Gewerk-  
 schaftsbund" anschließen.

Kollektivverträge werden nur noch zwischen den beiden Gruppen  
 des Berufsstandes, zwischen "Bauernschaft" und "Landarbeiterschaft"  
 abgeschlossen. Der Vertreter der "Landarbeiterschaft" wird von der  
 katholischen Diktatur ernannt. Der soeben abgeschlossene Kollektiv-  
 vertrag für die Gutsarbeiter in Niederösterreich, der erste inner-  
 halb des "Berufsstandes" abgeschlossene Vertrag zeigt deutlich, wie  
 schwer die Arbeiter unter den Folgen der ständischen Entrechtung zu  
 leiden haben: mehr als tausend Landarbeiter wurden aus dem Lohngebiet I  
 in das Lohngebiet II umgruppiert, die Löhne wurden ihnen dadurch um  
 10% gesenkt. Für die meisten Landarbeiter des Gebietes Wiener Wald,  
 St. Pölten, Amtstetten, Krems und des gesamten Waldviertels gilt heute  
 überhaupt keine kollektivvertragliche Regelung mehr. Für die wenigen  
 Güter dieses Gebietes, die noch einem Kollektivvertrag unterstehen,  
 wurde die jährliche Arbeitszeit um 40 Stunden verlängert. Die Über-  
 stundenentlohnung wurde (gegenüber 1934/35) um 50% gekürzt. Ob bezahl-  
 ter Urlaub gewährt wird oder nicht, hängt von der Gnade des Unternehmers  
 ab.

Die Gemeinde Wien, der grösste landwirtschaftliche Unternehmer  
 Niederösterreichs, hat die Gelegenheit benutzt. Sie hat die Arbeits-  
 bedingungen auf ihren Gütern dem berufsständischen Kollektivvertrag an-  
 geglichen und den von ihr beschäftigten Land- und Forstarbeitern  
 dadurch den Lohn um 20 bis 25% gekürzt. (Für die Redaktionen: Über  
 den "Berufsstand "Land- und Forstwirtschaft", siehe "Faschismus"  
 vom 21. September 1935).

Lohnbewegung in Österreich. (ITF) Die Arbeiter der Wiener  
 ===== Autoindustrie, deren Lohnbewegung  
 im vergangenen Jahre von der faschistischen Einheitsgewerkschaft abge-  
 würgt wurde, versuchen erneut, eine Lohnerhöhung durchzusetzen. Auf  
 einer von der faschistischen Einheitsgewerkschaft einberufenen Konfe-  
 renz für die Autoindustrie verlangte (am 3. April) ein Arbeiter  
 der Saurer-Werke Lohnerhöhungen, da "die Preise für notwendige Nahrungs-  
 mittel und Bedarfsartikel bisher nicht nur nicht gesenkt wurden, son-  
 dern sich weiter erhöht haben". Ein Arbeiter der Steyr-Werke prote-  
 stierte dagegen, "dass ein einziger Arbeiter jährlich 1 000 bis 1 020  
 Überstunden leiste. In einer Reihe von Unternehmungen hat sich die An-  
 zahl der geleisteten Überstunden in den letzten Jahren verdoppelt".  
 Dass in den amtlichen Darstellungen noch immer behauptet wird, die  
 Preise der Lebensmittel hätten sich nicht wesentlich erhöht, sei eine  
 "Schützenhilfe" für die Unternehmer. "Es geht nicht an, dass man...  
 die Preise erhöhen lässt und die Teuerung einfach nicht zur Kenntnis  
 nimmt."

Rauscher endlich frei. (ITF) Der österreichische Bundes-  
 ===== bahnschaffner Franz Rauscher, der  
 im Wiener Sozialistenprozess wegen "illegaler" Betätigung zu 9 Mona-  
 ten Haft verurteilt wurde, ist jetzt nach 31 (!) Monaten Haft endlich  
 freigelassen worden. Der österreichischen Diktatur waren die beharr-  
 lichen Proteste der Arbeiterorganisationen und der Presse des zivili-  
 sierten Auslandes untragbar geworden.

Das Photo des Verkehrsministers. (ITF) Die österreichische General-  
 ===== postdirektion musste, wie der  
 "Rechnungshof" (die einzige Instanz,  
 die wenigstens Teile der öffentlichen Verwaltung Österreichs kontrol-  
 liert) in seinem Bericht über das Jahr 1936 mitteilt, aus öffentlichen  
 Mitteln rund 2 700 Schilling zur Verfügung stellen, um einem Photo-  
 verlag unverkäufliche Bilder des inzwischen zurückgetretenen General-  
 postdirektors und eines nicht mehr aktiven Handels- und Verkehrsmini-  
 sters zu bezahlen. Wer den Auftrag zu dieser geschmacklosen Reklame  
 gegeben hat, teilt der Rechnungshof leider nicht mit. Vermutlich haben  
 der eitle Minister und der eitle Generalpostdirektor ihr eigenes

Photo selbst in Auftrag gegeben.

### "Kameradschaft".

=====

(ITF) Das österreichische Bundesgesetz über die staatliche Organisation des Personals im öffentlichen Dienst, den "Berufsstand Öffentlicher Dienst" schreibt vor, dass "nur die Obmänner der Bundesfachleitung und der sieben Kreisfachleitungen der Kameradschaft oder deren Stellvertreter von der Versehung ihres Dienstes teilweise (!) befreit werden können". Für die "Kameradschaft" sollte ehrenamtlich gearbeitet werden.

Doch der "Rechnungshof", die Kontrollinstanz der öffentlichen Verwaltung, berichtet, dass allein bei der Postdirektion Wien 19 Bedienstete mit vollem Gehalt vom Dienst befreit sind, "um sich den Kameradschaftsorganisationen widmen zu können". Die andern Postbeamten müssen das Arbeitspensum ihrer beurlaubten Kameraden mit erledigen.

### Die braune Bonzensuche.

=====

(ITF) Das Prassen der Bonzen der "Deutschen Arbeitsfront" und des "Nährstandes" hat derartige Formen angenommen, dass die dem Propagandaminister Dr. Goebbels nahestehende Zeitschrift "Die deutsche Volkswirtschaft, nationalsozialistischer Wirtschaftsdienst" (in Heft 9 vom 21. März) zur Zurückhaltung mahnt: die hochbezahlten Gruppen der mindestens 50 000 Bonzen der Arbeitsfront und des "Nährstandes" verschludern die den Arbeitern und Angestellten, den Handwerkern und Kleinhändlern, den Bauern und Pächtern abgepressten Mitgliedsbeiträge nach dem Vorbild der Hitler, Göring, Goebbels. Mit prunkvollen Bonzenpalästen und kostspieligen Luxusautos suchen sie sich gegenseitig zu übertreffen. Das Naziblatt beschwert sich über den "Drang lokaler Grössen, durch repräsentative Grossbauten in die Geschichte einzugehen". Ja, "als den Beitragseingängen von Organisationen und Steuereinnahmen der Selbstverwaltungskörper werden (noch weitere! Red.) Bauvorhaben geplant und erörtert, die man als unzeitgemäss (!) bezeichnen muss.... Es darf ausserdem nicht unerwähnt bleiben, dass es Stellen gibt, die trotz der Rohstoff-Knappheit immer noch einen Aufwand mit teuren Wagen treiben, der im Volke jedenfalls nicht als nationalsozialistisch angesehen wird. Vor allen Dingen dann nicht, wenn dieser Aufwand aus den Beiträgen kleinster Grössenordnung bestritten wird".

Der unnütze Bonzenapparat der Arbeitsfront und des Nährstandes ist dorart angeschwollen, dass die Nazi-Zeitschrift eine "energische Einschränkung der immer noch anschwellenden Organisationswelle für mehr als dringlich" erklärt, da "der Papierkrieg völlig (!) unproduktiver (!) besserwissorischer Stellen und Ämter mit Zehntausenden Bürokräften schon zur Seuche geworden ist".

Viel deutlicher kann man in einer Nazi-Zeitschrift kaum werden.

### Betrug an Invaliden.

=====

(ITF) Als die Nazis 1933 die Kassen der deutschen Gewerkschaften stahlen, weigerte sich der grösste Teil der invaliden Gewerkschaftsmitglieder, weitere Beiträge zu leisten. Doch die Nazis erklärten, das sei falsch und versicherten, die Unterstützungen würden ausgebaut, es würden sogar auch die invaliden Mitglieder der Verbände, die bisher keine Invalidenunterstützung zahlten, ab 1938 eine Invalidenrente erhalten.

Doch jetzt wurde von der Arbeitsfront mitgeteilt, dass Arbeiter und Angestellte, die bis 1933 Mitglieder von Organisationen waren, die keine Invalidenunterstützung zahlten, frühestens ab 1. Januar 1939 Invalidenunterstützung erhalten können und auch nur dann, wenn sie volle 20 Jahre lang den vollen Beitrag zahlten. Wer durch Dauerarbeitslosigkeit oder Krankheit nicht dazu in der Lage war, erhält keinen Pfennig.

Das hat sich rasch herumgesprochen und die meisten der betrogenen invaliden Arbeiter zahlen der Arbeitsfront keinen Beitrag mehr.

### Die Lohnbewegung

=====

#### der deutschen Facharbeiter.

ist auch durch die rigorosen Massnahmen Görings nicht abgestoppt worden. Trotzdem die Facharbeiter wissen, dass sie bei einem Arbeitsplatzwechsel, der nicht im voraus schriftlich vom Arbeitsamt genehmigt wurde, bis zu 3 Monaten ins Gefängnis wandern können (Anordnung vom 11. Februar 1937) setzen sie durch Drohung mit Abwanderung Lohnerhöhungen durch oder umgehen die Bestimmungen mit Unterstützung der Betriebs-Offiziere der Wehrwirtschaftskommandos der Armee.

Im Rheinland sind die Erfolge der Facharbeiter der Rüstungsindustrie besonders gross. Der Präsident des Landesamtes Rheinland berichtet: "Ein grosser Teil der Abwanderungsanträge (der Arbeiter) sei genehmigt worden... In vielen Fällen habe ferner die Neigung von Facharbeitern zur Abwanderung automatisch (?) und allgemein zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen beigetragen". (Frankfurter Zeitung vom 4. April).

Im Rheinland sind allerdings die Bedingungen für den Kampf der Facharbeiter der Rüstungsindustrie günstig: ein Teil der westdeutschen Rüstungsbetriebe wird nach Mitteldeutschland und Ostdeutschland verlegt, ein Teil der westdeutschen Facharbeiter wandert mit den Betrieben mit. Die Armee ist an dieser Abwanderung stark interessiert, die Industriellen in Westdeutschland können also unter stärkeren Druck gesetzt werden als in andern Industriebezirken. (ITF).

Dankbesuch beim Geldgeber.

===== (ITF) Dem Ruhrindustriellen Kirdorf verdankt Hitler Millionen-Subventionen der rheinischen Schwerindustriellen. "Im Jahre 1927 ... entwickelte Adolf Hitler<sup>1</sup> in 4 1/2 Stunden im einzelnen sein Programm", berichtete der Ruhrindustrielle Emil Kirdorf selbst in einem Interview der "Preussischen Zeitung" (Königsberg, vom 3. Januar 1937), "seine Gedankengänge begeisterten mich derart, dass ich mich völlig einverstanden erklärte mit dem, was er mir vorgetragen hatte", "Ich bat den Führer, den mir gehaltenen Vortrag in einer Broschüre zusammenzufassen. Diese Broschüre habe ich dann in meinem Namen in Kreisen der Industrie und der Wirtschaft verbreitet. Als Auswirkung der von mir verbreiteten Broschüre fanden mehrere Zusammenkünfte des Führers mit leitenden Persönlichkeiten des Ruhrreviers statt".

Kirdorf war in Deutschland als fanatischster Hasser der Gewerkschaften bekannt. Dass Hitler sich trotzdem zu ihm begab und Kirdorf (als Mitglied No. 71 032) der Naziartei beitrug, kennzeichnet beide eindeutig. Die Industriellen, denen der Name National"sozialistische" "Arbeiter-"partei zunächst verdächtig schien, waren durch die Empfehlung Kirdorfs beruhigt und waren überzeugt, dass die Naziartei trotz aller Versicherungen Hitlers und seiner Stellvertreter eindeutig gelb war. Sie zahlten. Und ihnen hat Hitler sich dankbar gezeigt.

Im vergangenen Jahre liess er den Beginn des 90. Lebensjahres seines Geldgebers Kirdorf feierlich begehen, in diesem Jahre wurde die Vollendung des 90. Geburtstages des Ruhrindustriellen (am 8. April) als eine Art Staatsfeiertag begangen. Der Reichswirtschaftsminister Schacht überbrachte die Glückwünsche der Reichsregierung, der Reichsminister Hess überreichte eine Büste des dankbaren Hitler und schliesslich erschien Hitler selbst zu einem dreistündigen Besuch auf dem Herrnsitz des Mannes, der ihn und seine Partei jahrelang ausgehalten hat.

Als Schacht in seiner Ansprache Kirdorf pries, den es "mit Genugtuung erfüllen könne, alles das erreicht zu haben, was ihm im Leben als Ziel vorgeschwebt habe" ("Rheinisch-Westfälische Zeitung" No. 176 vom 8. April), wird der alte Scharfmacher gelacht haben, denn er hat wirklich sein Hauptziel erreicht: vor 22 Jahren hat er (auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Mannheim) sein Sozialprogramm offen verkündet: mit Arbeiterorganisationen verhandle ich grundsätzlich nicht! Der Vertreter des "Centralverbandes deutscher Industrieller" erläuterte damals Kirdorfs Auffassung: "wir vertreten die Auffassung: nachdem ein Arbeiter sich in ein Vertragsverhältnis begeben hat, hat der Unternehmer die Entscheidung... Wir vertreten die Auffassung, dass wie beim Militär... auch in den industriellen Betrieben Ordnung und Unterordnung da sein muss... Wir stehen auf dem Standpunkt, dass nur der Einzelarbeitsvertrag" für uns in Betracht kommt (zitiert nach dem amtlichen Protokoll).

Alle diese Wünsche der Scharfmacher sind im Dritten Reich erfüllt worden. In den Betrieben diktiert, auf die von der Hitlerdiktatur erlassenen Gesetze gestützt, der Unternehmer (Arbeitsordnungsgesetz Par.2); Kollektivverträge gibt es nicht mehr, nur noch Einzelarbeitsverträge, die weitgehend einseitig vom Unternehmer geändert werden können; die Deutsche Arbeitsfront betrachtet die Unternehmer als "Sozialoffiziere", in den kriegswichtigen Betrieben stehen die Arbeiter unter Militärrecht, das Kommando führt der Unternehmer.

Der Vertreter der Industriellen hat vor 22 Jahren beruhigend versichert, dass selbst bei einer Verwirklichung aller von ihm vorgetragenen Unternehmerwünsche von "Fabrikanten-Despotie" keine Rede sein könne, denn gegen den Missbrauch der Unternehmerngewalt hätten die Arbeiter zwei scharfe Waffen: das allgemeine Wahlrecht und die freie Arbeiterpresse. Hitler hat der Arbeiterschaft auch diese Waffen genommen.

im Dritten Reich herrscht schrankenlose Despotie, das Geld der Scharfmacher hat Zinsen getragen, sie "haben alles das erreicht", was ihnen als Ziel vorschwebte.

In der Arbeiterschaft Westdeutschlands ist der Industrielle Kirdorf als brutaler Scharfmacher grenzenlos verhasst. Die Deutsche Arbeitsfront konnte mit Rücksicht auf diese Stimmung nicht wagen, sich offiziell an dieser Feier zu beteiligen. Die Presse des Ruhrgebiets zählte sorglich alle Naziformationen auf, die von der Stadt Mülheim bis zur Kirdorf'schen Besitzung Spalier standen -- Betriebsdelegationen waren nicht darunter. Selbst nationalsozialistische Betriebsarbeiter hätten sich geschämt, dem alten Scharfmacher ihre Aufmerksamkeit zu machen.

Hitler jedenfalls... er war 3 Stunden zu Besuch im Hause Kirdorf.

Erhebliche Missstimmungen...

allgemein bekannt".

Betrieben berichten. Die Gauwaltungen, die diese Berichte nach Berlin weiterleiten müssen, wollen keine wahrheitsgetreuen Mitteilungen, sie wollen günstige Berichte erhalten und haben deshalb vielfach die Betriebswalter angewiesen, über Ungünstiges nicht zu berichten. Einem Arbeiter, der dem "Ruhrarbeiter", der Wochenzeitung der westdeutschen Arbeitsfront, unter Anspielung auf diesen Selbstbetrug der Arbeitsfront geschrieben hatte, "dass die Berichte, die die Amtswalter über die Stimmung im Volke geben, häufig nicht den Tatsachen entsprechen", wusste die Redaktion nur zu erwidern: es sei unnötig, über die Erregung in Betrieben zu berichten, denn "dass heute durch die Fettknappheit und durch die nun glücklicherweise abgestoppte (?) Vorteuierung hier und da erhebliche Missstimmungen aufkommen, ist so allgemein bekannt, dass darüber ein Amtswalter gar nicht mehr zu berichten braucht". (Der Ruhrarbeiter, dritte Märzausgabe 1937).

(ITF) Die Betriebsobleute der Arbeitsfront müssen ihrer Gauverwaltung regelmässig über die Stimmung in den

Pflichtarbeit.

=====

"Wartezeit" zwischen der Meldung beim Arbeitsamt und dem Beginn der Erwerbslosenunterstützung zur "Pflichtarbeit" herangezogen. Bisher brauchten die Pflichtarbeiten erst mit Beginn der Krisenfürsorge geleistet zu werden.

(ITF) Die Berliner Erwerbslosen werden jetzt bereits während der

Divisionen "Staatsfeinde"!

=====

Armee eingezogenen "Staatsfeinde" im gegebenen Augenblick die Waffen gegen das verhasste System wenden werden. Die Nazi-Diktatur versucht, deshalb, "Staatsfeinde" nicht in die Armee aufzunehmen. Verschiedene Wehrbezirksskommandos haben daher Arbeiter und Angestellte, die wegen antifaschistischer Betätigung, die als "Hochverrat" gilt, im Gefängnis oder Konzentrationslager gesessen haben, nach Verbüßung dieser Strafe aus dem Dienst der Wehrmacht ausgeschlossen. In einem formellen "Ausschliessungsschein" wird erklärt, dass der betreffende "Hochverräter" "hiermit aus dem Dienst in der Wehrmacht im Frieden (!) ausgeschlossen" sei. "Er scheidet aus dem Wehrpflichtverhältnis aus".

Mindestens 400 000 Deutsche sind seit 1933 wegen antifaschistischer Gesinnung oder Betätigung von Nazirichtern oder Gestapobeamtens ins Gefängnis, Zuchthaus oder Konzentrationslager geworfen worden. Mindestens 150 000 dieser "Hochverräter" müssten militärisch ausgebildet werden. Doch aus Furcht vor einer drohenden Abrechnung verzichtet die Hitler-Diktatur auf das Aufstellen von 25 Divisionen.

(ITF) Die nationalsozialistische Diktatur fürchtet, dass die zur

Frau von Ribbentrop fährt nach

=====

Paris.

=====

Gesandten in London diese Exportbemühungen des "Modeamtes" unterstützt und bei jeder Gelegenheit für deutsche Moden aus deutschen Ersatzstoffen Propaganda läuft. Aber gut informierte englische Zeitungen stellten fest, dass Frau von Ribbentrop aus Furcht vor Nazi-Ersatzmoden zum "Erbfeind" überlief! "Frau von Ribbentrop, die Frau des Nazigesandten, gilt als eine der bestangezogenen Frauen Londons. Ihre gesellschaftlichen Konkurrentinnen sind darauf gespannt, was Hitler sagen wird, wenn er entdeckt, dass sie ihre Roben bei Landin, dem elegantesten Pariser Modehaus bezieht" (New Review). Der Glasgower "Forward" meint boshaft, dass man als nächstes hören wird, dass die Roben der Frau des Nazi-Gesandten bei Juden angefertigt wurden.

(ITF) "Das Deutsche Modeamt" lässt in regelmässigen Abständen in London "deutsche Moden" vorführen. Man sollte annehmen, dass die Frau des Nazi-



Nazis gegen Bauarbeiter.

=====

Die neuen Tarifordnungen  
für die deutschen Bau-  
arbeiter.

(ITF) Der vom nationalsozialistischen Sonderehändler für das deutsche Baugewerbe (am 26. November 1936) diktierte Rahmentarif und die von den einzelnen Treuhändern gleichzeitig (in den ersten Wochen des Jahres 1937)

diktieren Bezirkslohn- und Tarifordnungen beanspruchen besonderes Interesse: denn dieses Tarifordnungssystem ist der erste Versuch der Nazi-Diktatur, die Lohn- und Arbeitsbedingungen einer grossen Berufsgruppe nach zentralen Gesichtspunkten zu regeln und die Bauarbeiter sind durch die zahllosen Befestigungs- und Flugplatzbauten neben den Landarbeitern zur grössten deutschen Berufsgruppe geworden. Mitte 1936 wurden im deutschen Baugewerbe und Bau-Nebengewerbe mehr als 2 Millionen Arbeiter, Gesellen und Lehrlinge beschäftigt, gegen 666 000 Mitte 1933 (Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung vom 9. September 1936). Der grösste Teil der 2 Millionen Bauarbeiter arbeitet für öffentliche Aufträge, meist für Befestigungsbauten, bei der Anlage von Flugplätzen, beim Bau von Kasernen, Offiziersvillen und Bonzenpalästen. Die direkt und indirekt durch Zuschüsse finanzierten Bauten machten 1936 70-80% des gesamten Bauvolumens aus, der direkte öffentliche Bau allein 67,5%. (Der deutsche Volkswirt, 29. I. 37). Diese öffentlichen Arbeiten werden nur selten in eigener Regie durchgeführt, sie werden meist an private Bauunternehmer vergeben, die an diesen Aufträgen gehörig verdienen.

Tarifordnungen werden im Dritten Reich von Staatsbeamten, den sog. "Treuhändern der Arbeit" diktiert. Man kann also annehmen, dass jede Tarifordnung den Geist nationalsozialistischer Sozialpolitik spiegelt. Im Baugewerbe ist der Staat Hauptauftraggeber. Das Tarifordnungssystem für die deutschen Bauarbeiter konnte daher die Ziele nationalsozialistischer Sozialpolitik besonders leicht verwirklichen. Das Ergebnis: die Wünsche der reaktionärsten Bauunternehmer wurden erfüllt und, während Bauindustrie und Baugewerbe dank der Rüstungsbau-Konjunktur erhebliche Gewinne scheffeln, wurden die Löhne der Bauarbeiter durchweg auf den niedrigsten Stand seit der Inflation gedrückt.

Der vom Sonderehändler diktierte Manteltarif erfüllt den Bauunternehmern einen Wunsch, um dessen Erfüllung sie 14 Jahre erbittert gekämpft hatten. Sie hatten seit 1918 Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um den nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs eingeführten Achtstundentag zu beseitigen. Sie hatten 1924 den Reichs-Manteltarif für das Baugewerbe gekündigt, um längere Arbeitszeiten auf den Bauten durchzusetzen, sie hatten sich 3 Jahre lang geweigert, einen neuen Tarifvertrag abzuschliessen, es sei denn, dass die freie Gewerkschaft sich mit der Einführung des 10-Stundentags einverstanden erklärte. Die Gewerkschaft dachte nicht daran, sie hielt zäh am Achtstundentag fest und weigerte sich, eine regelmässige und zwangsläufige Überschreitung der 48-Stundenwoche zu akzeptieren. Der straffen Organisation der Bauarbeiter war es zu verdanken, dass selbst im dritten Jahre reichstarifvertragsloser Zeit nur 25% der organisierten Bauarbeiter länger als 48 Stunden arbeiten mussten. Damals waren 27% der organisierten Bauarbeiter erwerbslos. Aber heute, während einer Hochkonjunktur im deutschen Baugewerbe, haben die Unternehmer ihr Ziel erreicht: der Achtstundentag ist beseitigt. Der neue Reichstarif gibt dem Unternehmer nicht nur das Recht, "in dringenden Fällen" täglich 10 Stunden arbeiten zu lassen (Par. 3) und über die "Dringlichkeit" selbst zu entscheiden, er gestattet darüber hinaus noch, jeden Arbeitsausfall innerhalb 8 Wochen ohne Zahlung eines Mehrarbeitszuschlages durch Mehrarbeit auszugleichen. (Par. 2). Es ist nur verboten, dass der einzelne Bauarbeiter beim gleichen Unternehmer innerhalb von 8 Wochen mehr als 384 Stunden arbeitet. Die Verteilung dieser Arbeitsstunden liegt im freien Ermessen des Unternehmers.

Selbst für die Überstunden, für die überhaupt noch ein Zuschlag gezahlt werden muss, wird der Zuschlag selten gezahlt. Die Treuhänder erleichtern den Bauunternehmern die Überstundenwirtschaft. Das von den Nazis (1934) neugefasste Arbeitszeitgesetz verlangt, dass für Überstunden "als angemessene Vergütung" 25% Lohnzuschlag gezahlt wird. Die Bezirksstrehändler drückten, je nach der Stärke der Einflüsse der nationalsozialistischen Bauunternehmer, die Überstunden-Zuschläge auf 20% (z. B. Berlin-Brandenburg, Schlesien), 15% (Ostpreussen) oder 12% (Rheinland). Nach dem alten Manteltarif mussten Nachtarbeitszuschläge ab 8 Uhr abends gezahlt werden, jetzt erst ab 10 Uhr abends. Zahlreiche Berichte von Bauarbeitern und die ständigen Mahnungen der Treuhänder lassen darauf schliessen, dass sehr sehr häufig weder Überstunden-, noch Nachtarbeitszuschläge gezahlt werden.

Die Löhne wurden, wie im deutschen Baugewerbe von jeher üblich, bezirklich festgelegt. Man hätte annehmen können, dass nach Anweisung des Reichsarbeitsministeriums die mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Treuhänder die Löhne vereinheitlichten, denn noch nie wurden so viele Bauarbeiter fern von ihrer Heimat beschäftigt, wie heute. Doch das ist nicht der Fall. In den Krisen Jahren 1930/33 konnten in einzelnen Gebieten, je nach der Kampfkraft der örtlichen gewerkschaftlichen Organisationen und der wirtschaftlichen Lage des Bezirks, Lohnabbauversuche verhindert oder beschränkt werden. Bis in den Spätherbst 1932 riss die Kette der Abwehrstreiks der deutschen Bauarbeiter nicht ab. Als Ergebnis dieser Kämpfe entstand ein eigentümliches "Gefälle" der Löhne. Dieses "Gefälle" hat sich häufig bis heute erhalten, die Nazis haben es meist nur "vereist". So verdanken heute noch die Bauarbeiter einzelner deutscher Orte dem Kampf der freien Gewerkschafter in den Krisen Jahren höhere Löhne als in benachbarten Orten mit gleichen Lebenshaltungskosten.

Aber unter Aufrechterhaltung dieses "Gefälles" wurde das Lohnniveau der Bauarbeiter noch unter das Niveau von 1932, des schlimmsten Jahres der Wirtschaftskrise, auf das elende Niveau vom Ende der Inflationszeit gesenkt. Im imponierenden Kampfe hatten die Bauarbeiter bis 1930 eine 70/80prozentige Erhöhung der Löhne des Stabilisierungsjahres 1924 durchsetzen können. Heute werden, trotzdem selbst der unzuverlässige amtliche Lebenshaltungsindex ausweist, dass die Lebenshaltungskosten heute wesentlich über 1924 liegen, und trotzdem dank der Rüstungs-Baukonjunktur im Jahre 1936 15% mehr Bauarbeiter beschäftigt werden als selbst im Hochkonjunkturjahr 1928, (mit Ausnahme Ostpreussens) nur noch Löhne gezahlt, die etwa dem Niveau um die Jahreswende 1924/25 entsprechen.

(In Ostpreussen, wo zahlreiche westdeutsche Erwerbslose als Tiefbauarbeiter beschäftigt werden, entsprechen die Tarifsätze etwa der Höhe von 1926/7). In manchen Gebieten liegen die Löhne noch unter den Inflationsverdiensten. Im Nahegebiet, z. B. (Bad Kreuznach), wo 1924 ein Maurer noch 78 Pfg. pro Stunde erhielt, beträgt der Tariflohn nur noch 71 Pfg; der Tariflohn der Bauhilfsarbeiter wurde von 67 auf 59 Pfg. gesenkt, der der Tiefbauarbeiter von 67 auf 57 Pfg. -- Die Löhne dürfen "bis zur Hälfte in Sachleistungen gewahrt werden."! (Par. 5, Absatz 4 des neuen Manteltarifs.)

Die offenen Lohnsenkungen der Nazis fallen durchweg in die ersten beiden Jahre des Dritten Reiches, dann machte die sprunghaft steigende Teuerung und Lebensmittelpnot eine weitere offene Lohnsenkung riskant. Man beschränkte sich dann auf die indirekten Lohnsenkungsmethoden: durch Heruntergruppieren einzelner Orte in niedrigere Lohnklassen, durch Aufspaltung der Orts-Lohnklassen, durch Kürzung oder Beseitigung der Zulagen.

Ein Abstoppen dieser Lohnsenkungswelle erzwang die Ausdehnung der Befestigungsbauten. In Ostpreussen (ab 1933), dann (vor allem seit 1935) in Westdeutschland und an der Grenze gegen die Tschechoslowakei und Polen mussten bei den Befestigungsbauten Zehntausende Arbeiter aus entfernten Provinzen beschäftigt werden. Da diese Arbeiter zu wenig verdienten, um sich und ihre Familie ernähren zu können, mussten die Gemeinden den Familien Unterstützungen zahlen. Die Gemeinden, durchweg bankrott, protestierten und sie erreichten, dass die Bauunternehmer "Entfernungszulagen" zahlten, die ihnen die Reichskasse erstattete. Um diese Entfernungszulage konnten die Gemeinden dann die Familienunterstützungen kürzen. Dadurch verbesserte sich zwar die Lage der Gemeindefinanzen, nicht aber die Lage der Bauarbeiterfamilien.

Da die Gemeinden jedoch noch immer erhebliche Unterstützungen zu zahlen hatten, wurde in manchen Bezirken mit dem Anschwellen der Befestigungsbauten eine Mindestgrenze für den Tiefbauarbeiterlohn festgesetzt, z. B. in Schlesien, zunächst 45 Pfennig die Stunde (Dezember 1936), dann (ab Anfang 1937) 48 Pfennig die Stunde. Wie stark die Heranziehung auswärtiger Bauarbeiter bei Befestigungsbauten und die dadurch bedingte Rücksicht auf die Gemeindefinanzen die Lohnpolitik beeinflusste, zeigt die Entwicklung der Löhne in den Städten Dessau und Kiel. Im Kriegshafen Kiel konnte (noch 1935) der Maurerlohn um einen Pfennig die Stunde gesenkt werden, in Dessau mussten beim raschen Ausbau der Flugzeugindustrie die Löhne durch höhere Einstufung des Ortes zweimal erhöht werden --; trotzdem liegen die Löhne in Dessau heute noch unter dem Stand der Löhne von 1925. Im Saargebiet ein ähnliches Bild: Nachdem die wichtigsten Arbeiten beendet waren und Bauarbeiter aus dem Saargebiet verschickt wurden, wurden die Bezüge der Poliere und Schachtmeister (im Dezember 1936) um 10% gesenkt.

1) siehe die beigegefügte Lohnübersicht.

Offiziell garantieren diese Tarifordnungen allen im Hoch- und Tiefbau Beschäftigten Mindestlöhne, aber die "Treuhänder der Arbeit" haben bekanntlich das Recht, einzelne Baustellen, ja selbst einzelne Arbeiter oder Angestellte aus dem Geltungsbereich der Tarife herauszunehmen. Von diesem Recht wird viel Gebrauch gemacht. Die heute noch geltenden ca. 300 Einzeltarifordnungen für einzelne Baustellen gelten trotz dieser Bauarbeitertarife weiter: neue Sondertarife sind bereits erlassen worden. Die Bezirks-Tarifordnungen für das Baugewerbe geben also nur allgemeine Richtlinien, sie geben kein exaktes Bild der wirklichen Tarife, erst recht keines der wirklichen Arbeitsverdienste, denn ob die Unternehmer sich um die Tarife kümmern, kann nur im Einzelfall festgestellt werden. Von der Belegschaft gewählte "Bau delegierte", die die Einhaltung der Tarife überwachen könnten, gibt es nicht mehr.

Den deutschen Bauarbeitern wird gesagt, dass ihre Löhne nicht erhöht werden könnten, da jede Lohnerhöhung die Rüstung verteuere. Aber die Bauarbeiter sehen, dass das, was ihnen vorenthalten wird, den Unternehmern doppelt und dreifach gegeben wird. Die Profite der Bauunternehmer steigen, die Kurse an der Berliner Börse notierten Bauaktien stiegen von Februar 1933 (erster Hitler-Monat) bis Januar 1937 um volle 100%. Der Reingewinnsaldo der von der "Deutschen Volkswirtschaft, Nationalsozialistischer Wirtschaftsdienst" als repräsentativ angesehenen 24 Bauunternehmungen stieg von 1934 bis 1935 um 47% (2. Juliheft 1936). Die bekannt gegebenen "Betriebserträge" der 6 größten deutschen Bauunternehmungen stiegen von 1932 bis 1935 enorm:

bei Ph. Holzmann stiegen sie um 320% auf 39,81 Mio RM, in einem Jahre wurde mehr als das Dreifache des Aktienkapitals verdient!

bei Hochtief-Essen stiegen sie um 660% auf 28,89; diese Gesellschaft deren Generaldirektor stellvertretender Vorsitzender der Bauarbeiter-Sektion der Deutschen Arbeitsfront ist, verdiente in einem Jahre das Vierfache des Aktienkapitals!

bei Jul. Berger (Tiefbau) stiegen die Betriebserträge von 1932 bis 1935 um 745%,

bei der Allg. Baugesellschaft Lenz um 255%,

bei Grün und Bilfinger um 202%; in einem Jahre wurde fast das vierfache Aktienkapital verdient.

bei Dyckerhoff und Widmann stiegen die Betriebserträge um 366% auf 30,32 Mio RM, in einem Jahre wurde das Aktienkapital fast neun mal verdient!

Im "Dritten Reich der Volksgemeinschaft" werden die Löhne der Bauarbeiter gedrückt, während die Profite der Unternehmer sich vervielfachen!

---

Lohnübersicht folgende Seite.

---



Lohndruck unterm Hakenkreuz.

(ITF) Die tariflichen Stundenlöhne<sup>1)</sup> sanken im deutschen  
BAUGEWERBE von August 1932 bis Anfang 1937<sup>2)</sup>

| in der Stadt                                    | Maurer         |     | Zimmerer       |      | Bauhilfsarbeiter |     | Tiefbauarbeiter |     |
|-------------------------------------------------|----------------|-----|----------------|------|------------------|-----|-----------------|-----|
|                                                 | Pfennig<br>von | auf | Pfennig<br>von | auf  | Pfennig<br>von   | auf | Pfennig<br>von  | auf |
| Berlin <sup>4)</sup>                            | 109            | 108 | 109            | 108  | 90               | 90  | 72              | 72  |
| Hamburg                                         | 111,9          | 110 | 113,9          | 110  | 91               | 91  | 73              | 73  |
| Kiel <sup>4)</sup>                              | 91             | 91  | 93             | 91   | 76               | 76  | 62              | 62  |
| Schwerin,<br>Rostock                            | 84             | 83  | ---            | ---  | 69               | 69  | 56              | 56  |
| Hannover                                        | 95             | 92  | 95             | 92   | 79               | 76  | 70              | 64  |
| Bremen                                          | 96             | 94  | 96             | 94   | 80               | 78  | 76              | 74  |
| Braunschweig                                    | 93             | 88  | ---            | ---  | 77               | 73  | 68              | 62  |
| Dortmund und<br>Duisburg, Bochum,<br>Essen etc. | 90             | 85  | 93             | 88   | 75               | 71  | 61              | 61  |
| Bielefeld                                       | 93             | 85  | 93             | 88   | 77               | 71  | 66              | 61  |
| Krefeld <sup>3)</sup>                           | 89             | 88  | ---            | ---  | 74               | 71  | ---             | --- |
| Düsseldorf                                      | 92             | 87  | ---            | ---  | 76               | 72  | 66              | 60  |
| Köln                                            | 92             | 87  | 95,1           | 90   | 76               | 70  | 66              | 60  |
| Aachen                                          | 78             | 75  | ---            | ---  | 65               | 62  | ---             | --- |
| Mannheim                                        | 92             | 88  | 92,3           | 88   | 76               | 73  | 70              | 64  |
| Heidelberg                                      | 90             | 84  | ---            | ---  | ---              | --- | 69              | 64  |
| Stuttgart                                       | 92             | 89  | 92             | 89   | 76               | 74  | 70              | 68  |
| Ludwigshafen                                    | 92             | 88  | ---            | ---  | 76               | 73  | ---             | --- |
| München                                         | 97             | 95  | 97             | 89   | 80               | 79  | 74,1            | 73  |
| Nürnberg <sup>3)</sup>                          | 97             | 94  | 97             | 89   | 80               | 78  | ---             | --- |
| Augsburg <sup>3)</sup>                          | 96,7           | 92  | ---            | ---  | 80               | 76  | 74              | 70  |
| Leipzig                                         | 98             | 96  | 98,5           | 96,5 | 82               | 80  | 77              | 74  |
| Dresden                                         | 96             | 94  | 96,5           | 94,5 | 80               | 78  | 75              | 72  |
| Chemnitz                                        | 91             | 89  | 91,5           | 89,5 | 75               | 73  | 70              | 67  |
| Plauen                                          | 91             | 86  | 91,5           | 87,5 | 75               | 71  | 70              | 65  |
| Magdeburg                                       | 89             | 87  | 88,9           | 87   | 74               | 72  | 64              | 62  |
| Halle                                           | 88             | 87  | 88             | 87   | 73               | 72  | ---             | --- |
| Erfurt                                          | 87             | 85  | 87             | 85   | 74               | 72  | ---             | --- |
| Breslau                                         | 92             | 89  | 92             | 89   | 76               | 73  | 64              | 62  |
| Hindenburg O/S                                  | 71             | 70  | 71             | 70   | 59               | 57  | ---             | --- |
| Stettin                                         | 94             | 86  | 95             | 87   | 77               | 73  | 60              | 60  |
| Stargard <sup>3)</sup>                          | 82             | 76  | ---            | ---  | 67               | 66  | ---             | --- |
| Königsberg                                      | 90             | 89  | 90             | 89   | 75               | 74  | ---             | --- |

- 1) Tariflicher Zeitlohnsatz, meist einschliesslich Werkzeugzulage; für 1932 zwischen Gewerkschaft und Unternehmern vereinbart, für 1937 von den "Treuhändern der Arbeit" (Staatsbeamten) diktiert.
- 2) Quelle: für August 1932; Ergebnisse der amtlichen Lohnerhebung im Baugewerbe im August 1932, unter der von den Nazis gestützten Regierung von Papen; in "Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches", 1933.
- 3) Da die Ergebnisse dieser Statistik nur unvollständig veröffentlicht wurden, weist unsere Zusammenstellung Lücken auf. -- Quellen für Anfang 1937: die im amtlichen Tarifregister veröffentlichten Tarifordnungen für die einzelnen Treuhänderbezirke. Für Hessen (Frankfurt/Main) wurde noch keine Tarifordnung diktiert.
- 4) Es ist zu beachten, dass durch die Wirtschaftspolitik der Nazis und durch die erhöhten Abzüge seit Beginn des Dritten Reiches jede Mark in der Lohntüte um 30-35% entwertet wurde.

Die Auswirkung der Teuerung  
 =====  
 im Dritten Reich.  
 =====

(ITF) Das "Deutsche Institut für Konjunkturforschung" hat in Zusammenarbeit mit dem "Statistischen Amt der Stadt Berlin" die Entwicklung der Preise einzelner Lebensmittel in verschiedenen Stadtteilen Berlins untersucht. Das Ergebnis dieser (im "Vierteljahresheft zur Konjunkturforschung" (vom 7. April 1937 veröffentlichte) Untersuchung ist ausserordentlich interessant: die Preise sind in den Arbeitervierteln weit stärker gestiegen als in den "gutbürgerlichen" Stadtteilen.

Das Institut untersuchte in der zweiten Novemberhälfte 1936 die Entwicklung der Preise von 19 Lebensmitteln in je 10 bis 15 Ladengeschäften in Berlin-Mitte, Berlin-Norden, Berlin-Westen, Berlin-Süden und Berlin-Osten seit der zweiten Novemberhälfte 1932, 3 Monate vor Beginn der Nazidiktatur. Untersucht wurde die Entwicklung der Preise der in der folgenden Tabelle aufgeführten 20 Lebensmittel. Wohlweislich wurde darauf verzichtet, die Entwicklung der Fettpreise in die Untersuchung einzubeziehen oder die Bedeutung der Qualitätsverschiebungen und der "Koppelgeschäfte" (Zwang zum Kauf teurer Waren bei Abgabe billiger knapper) festzustellen, das wirkliche Ausmass der Preissteigerung wäre dann noch deutlicher geworden.

Schon der "Einkaufskorb", den das Institut aus den dem Wochenverbrauch einer Normalfamilie ("Indexfamilie") entsprechenden Mengen dieser Waren zusammenstellte, ergab sich im gesamtberliner Durchschnitt vom November 1932 bis November 1936 eine Preissteigerung von 17,6%; die Entwicklung in den einzelnen Stadtteilen ist ausserordentlich verschieden, die Preissteigerung schwankt in den einzelnen Stadtteilen zwischen 13% und 21%. Die Waren des "Einkaufskorbs" waren im November 1932 in Berlin-Osten noch um 5% billiger als in Berlin-Westen. Im November 1936 aber war Berlin-Osten teurer als Berlin-Westen!

(Für die Redaktionen: Das Februarheft des "Banker", das wegen seiner sachkundigen Artikel zur finanziellen Lage des Dritten Reiches berechtigtes Aufsehen erregte, behauptet im Gegensatz zu den offiziellen Feststellungen naiv, dass die "Oberschichten" stärker unter der Lebensmittelkalamität litten als die breiten Massen! - Die im Sonderheft des "Banker" verstreuten Bemerkungen und Daten über die Lage der deutschen Arbeiterschaft sind meist falsch. Da die Verfasser der einzelnen Aufsätze des Sonderheftes darauf verzichten, ihre Quellen anzugeben, ist nicht festzustellen, ob diese Fehldarstellung auf Missverstehen nationalsozialistischer Propagandameldungen oder auf Verwendung unzuverlässiger Pressemeldungen zurückzuführen ist).

#### Das Ansteigen der offiziellen Lebensmittelpreise

=====

seit November 1936.

| in<br>kostete 1/2 kg | Berlin |           | Bln-Osten |         | Bln-Norden |         | Bln-Westen |        |
|----------------------|--------|-----------|-----------|---------|------------|---------|------------|--------|
|                      | Nov.32 | Nov.36    | Nov.32    | Nov.36  | Nov.32     | Nov.36  | N.32:36    |        |
| Schweinekotelett     | 92,5   | Pfg.107,5 | Pfg.91    | Pfg.107 | Pfg.87     | Pfg.108 | Pf.97      | Pf.106 |
| Schweinebauch        | 75,5   | 80        | 75        | 80      | 74         | 80      | 78         | 78     |
| Landleberwurst       | 99,5   | 119       | 97        | 123     | 99         | 119     | 103        | 117    |
| Blutwurst            | 57     | 70        | 52        | 74      | 53         | 67      | 65         | 70     |
| Kabeljau             | 45,5   | 52        | 48        | 51      | 41         | 49      | 49         | 55     |
| Büchling             | 46,5   | 48,5      | 55        | 52      | 40         | 50      | 47         | 48     |
| Haferflocken         | 25,5   | 25,5      | 26        | 25      | 26         | 24      | 25         | 26     |
| Viktoriaerbsen       | 21,5   | 34,5      | 23        | 34      | 21         | 33      | 22         | 35     |
| Harzerkäse           | 54,5   | 56        | 60        | 55      | 51         | 53      | 54         | 57     |
| Malzkaffee           | 29,5   | 28        | 30        | 27      | 32         | 29      | 27         | 27     |
| Zwiebeln             | 9,5    | 10        | 9,8       | 9,3     | 8,3        | 9,7     | 10,3       | 9,9    |
| Kartoffeln (5 kg)    | 29,5   | 39        | 29        | 39      | 29         | 39      | 31         | 39     |
| Weisskohl            | 5,5    | 6,5       | 5,3       | 6,5     | 4,6        | 5,9     | 6,1        | 7,2    |
| Wirsingkohl          | 6      | 7,5       | 5,9       | 7,6     | 5,1        | 6,8     | 6,9        | 8,4    |
| Rotkohl              | 6      | 7,5       | 5,7       | 7,4     | 5,1        | 6,7     | 6,8        | 8,4    |
| Mohrrüben            | 6      | 7         | 5,8       | 6,9     | 5,1        | 6       | 6,6        | 7,7    |
| Kohlrüben            | 5,5    | 7         | 5,5       | 6,8     | 5          | 6,2     | 6,2        | 7,2    |
| Sauerkohl            | 10,5   | 13        | 9,7       | 13,2    | 9,6        | 12,7    | 11,9       | 14,3   |
| Grünkohl             | 8      | 9,5       | 8,4       | 8,8     | 6,8        | 9,3     | 9,2        | 12,0   |

(Vierteljahrsheft zur Konjunkturforschung vom  
 7. IV. 1937).

Ein Geständnis  
=====

veröffentlicht "Der Vertrauensrat",  
Organ des Sozialamtes der Deutschen  
Arbeitsfront (am 10. April 1937):

"Auch in diesem Jahr hat die Reichsregierung... angeordnet, dass die Amtszeit der Vertrauensmänner um ein weiteres Jahr, bis zum 30. April 1938, verlängert wird... Die Massnahme der Reichsregierung ist von allen interessierten Kreisen mit Befriedigung (!) aufgenommen worden... (da) die Begleiterscheinungen, die eine solche Wahl im Betrieb zweifellos... auslöst... gerade in diesen Zeiten der Umstellung besser vermieden werden..."

Andererseits wird -- und das soll ruhig einmal ausgesprochen werden -- ein Vertrauensmann, der sein Amt (nach Auffassung der Arbeitsfront! Red.) richtig auffasst.. bei einer unvernünftigen (?) Gefolgschaft Gefahr laufen, nicht wiedergewählt zu werden...

Dabei soll keineswegs für eine spätere Zeit eine Neuwahl oder Neu-Ernenennung (!! der Vertrauensräte abgelehnt werden". (ITF)

Nazi-Bonzen unter sich.  
=====

(ITF) Führende Nationalsozialisten,

die interessante Details vom Leben und Tun ihrer Mitbonzen kennen, können sich viel erlauben. Wenn ihre Verbrechen nicht mehr zu vertuschen sind, verschwinden sie zwar für kurze Zeit aus ihrem Amt. Aus Furcht vor Enthüllungen aber werden ihnen meist Konzessionen gemacht, sie kehren bald auf ihren alten oder einen andern Posten zurück.

Auch der Gauwaller der mitteldeutschen Arbeitsfront Triebel, der im Juli 1936 plötzlich in der Versenkung verschwinden musste, ist vor einiger Zeit wieder aufgetaucht und hat seine alten Funktionen übernommen.

Danziger Arbeiterfamilien  
=====

(ITF) Der Nazi-Senat des Freistaates  
Danzig hat Erwerbslose durch Drohen  
mit Entzug der Erwerbslosenunterstüt-  
zung gezwungen, in Deutschland Arbeit

anzunehmen. Den ins Dritte Reich deportierten Erwerbslosen wurde versprochen, dass ihre Angehörigen trotz der zahllosen Devisenbestimmungen regelmässig Geldsendungen erhalten könnten. Die Unternehmer sollten wöchentlich vor der Lohnzahlung eine feste Summe überweisen, den zurückbleibenden Angehörigen wurde die niedrige Erwerbslosenunterstützung entsprechend verkürzt.

Ein Teil der ehrenwerten Nazi-Unternehmer nutzt die Wehrlosigkeit der Deportierten aus und überweist den für die Angehörigen bestimmten Lohnanteil mit grosser Verspätung. Der "Reichstreuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Niedersachsen" muss öffentlich feststellen; "In der letzten Zeit sind bei dem Landesarbeitsamt der Freien Stadt Danzig in steigendem Umfange von Danziger Arbeitern, die im Reich (meist bei Befestigungs- und Strassenbauten, Red.) Lohn und Brot gefunden haben, und von den vorläufig noch in Danzig zurückgebliebenen Angehörigen Klagen über die verspätete Auszahlung der überwiesenen Lohnanteile eingegangen". (Amtliche Mitteilungen des Reichstreuhänders... Niedersachsen" Nr. 7 vom 1. April 1937).

Isst Göring trocken Brot?  
=====

(ITF) Örtliche Spannungen auf dem Markt  
gewisser Lebensmittel sind (im Dritten

Reich) nicht immer zu umgehen, versicherte Generalober Göring (am 8. April) einer Versammlung nationalsozialistischer Kommunalpolitiker. Man dürfe dann aber nicht gleich Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um aus Berlin zusätzliche Rationen herauszuholen. Es ist vielmehr Aufgabe gerade der Gemeindeleiter, dann der Bevölkerung die Zusammenhänge -- "Hunger für Kanonen"! -- klarzumachen. "Ich will aber hier eine Versicherung geben: wenn auch eine vorübergehende Knappheit an Eiern oder Butter, vielleicht sogar an Fleisch, oder bestimmten Wurstsorten nicht verhindert werden kann -- für das tägliche Brot stehe ich ein!" (Frankfurter Zeitung, 9.IV.1936).

Ist Hitler gemeint?  
=====

(ITF) Die gesamte deutsche Presse  
musste den Artikel eines Dr. Friese

vom "Reichsausschuss für Volksgesundheit" abdrucken, der sich gegen die vielen "rassisch mittelmässigen" Junggesellen wendet, die "genau dieselbe Pflicht, sich fortzupflanzen, hätten, wie die Erbgesunden", aber erklären: "Der Staat wünscht ja nur von den 100%ig Erbtüchtigen Nachwuchs, wer weiss, ob ich dazugehöre". "Hinter dieser Verantwortungsgeste verberge sich sehr oft eine egoistische Neigung zum Junggesellentum und zur Kinderschau" (Nach dem "Angriff" Nr. 65 vom 18. März 1937).

An alle Seeleute und Binnenschiffer

die unter deutscher Flagge fahren, wendet sich ein Aufruf zur aktiven Solidarität mit den spanischen Freiheitskämpfern, der in den letzten Wochen auf deutschen Schiffen von Hand zu Hand ging:

"Es ist unsere Pflicht, alle Transporte von Kriegsmaterial unmöglich zu machen!... Beobachtet und erforscht möglichst genau den Inhalt jeder Ladung! Ganz gleich, für welchen Bestimmungsort die Ladung deklariert ist! Der Gegner versucht mit jedem Bluff zu arbeiten!...

Jedes Schiff, das einen deutschen Hafen verlässt, ist verdächtig! Verdächtig ist auch jede Ladung, die in deutschen Häfen geladen wird!...

Jeder Seemann, jeder Heizer, jeder Steward, alle an Deck und in der Maschine müssen in engster Verbindung mit den Hafenarbeitern in den deutschen Häfen alle Ladung beobachten, die an Bord kommt.

Stellt gemeinsam fest, was sich in den Kisten befindet! Lasst euch nicht irreführen durch andere Aufschriften!...

Meldet jede verdächtige Ladung im ersten ausländischen Hafen an die zuständigen I.T.F.-Hafenaktivgruppen oder an die Gewerkschaften der Hafenarbeiter und Seeleute, die der I.T.F. angeschlossen sind!

Von hier aus wird dann alles weitere veranlasst!...

Die kämpfenden spanischen Kameraden, die deutschen Seeleute in den internationalen Kolonnen an der Front in Spanien erwarten, dass ihr eure Pflicht tut!" (ITF)

Seeleutewiderstand -  
Versammlung in Hamburg

(ITF) Die Tarifordnung für die deutsche Seeschifffahrt soll verschlechtert werden. Um einer Widerstandsbewegung

vorzubeugen, wollen die Nazis - einer seit dem Herbst 1936 in Deutschland üblichen Methode getreu - die Verantwortung für die Verschlechterungen den Seeleuten zuschieben. Am 19. März mussten deshalb die Schiffsleitungen aller im Hamburger Hafen liegenden Schiffe "plötzlich" von jedem Schiff je einen "Vertreter" der Seeleute, Heizer, Bedienungspersonal und der Mittschiffsgäste ins "Haus der deutschen Arbeit" (früheres Gewerkschaftshaus) senden. Als um 3 Uhr nachmittags die Sitzung vom Sondertreuhänder für die deutsche Seeschifffahrt eröffnet wurde, waren rund hundert Personen anwesend, darunter 9 Uniformierte. Auf der Tagesordnung dieser überraschend einberufenen Sitzung stand die Besprechung von Vorschlägen zur neuen Tarifordnung.

Die Versammlung nahm einen die Reeder und Nazis enttäuschenden Verlauf. Die Reeder forderten die Abschaffung des freien Tages! Der freie Tag koste sie pro Jahr angeblich 9 Millionen Mark. Das sei trotz der hohen Staatssubventionen untragbar.

Den Seeleuten wurde vorgeworfen, dass nur die Reeder fertige Vorschläge eingereicht hätten. Der Sondertreuhänder, der genau weiss, dass seit 1933 von der Arbeitsfront keine einzige öffentliche Seeleute-Versammlung mit freier Aussprache abgehalten wurde, dass die grosse Masse der Seeleute daher auch legal keine Vorschläge zur Tarifordnung besprechen konnte, wollte den Seeleuten zeigen, dass die Arbeitsfront nichts für sie unternehme, dass sie auf sein Wohlwollen und die Gnade der Reeder angewiesen seien. Dieser Einschüchterungsversuch wirkte nicht. Die deutschen Seeleute wissen längst, dass die Arbeitsfront nur ein Institut für Bonzenversorgung und Nazipropaganda ist, aber sie wissen auch, dass durch den raschen Ausbau der Kriegsflotte heute Seeleute gesucht werden. Die von den Schiffsleitungen ausgesuchten Seeleute protestierten einmütig gegen diese Forderung der Reeder.

Etwas nervös über diesen unerwarteten Widerstand besprach dann der Treuhänder die immer wiederkehrende Forderung der Seeleute nach Erhöhung der Heuern. Ein Vertreter der Reeder erklärte sofort, dass man unter Umständen den Verheirateten eine kleine Zulage geben könnte, auf keinen Fall aber sollten die Unverheirateten mit einer Heuererhöhung rechnen.

Als darauf ein Kollege von Bord vorschlug, doch die Heuern von 1929, aus der Zeit der "marxistischen" Seeleutegewerkschaften, wieder zu zahlen, schloss der Treuhänder rasch mit der Bemerkung, dass nicht diese Versammlung darüber entscheide, ob die Heuern erhöht würden, das werde eine andere Stelle entscheiden! Das Lohndiktatrecht steht im Dritten Reich nur dem Betriebsleiter und dem Treuhänder zu.

Treuhänder und Reedervertreter waren sichtlich über die entschlossene Haltung der Seeleute überrascht. Sie hatten, vier Jahre nach Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften, mit keinem ernsthaften Widerstandswillen mehr gerechnet und die systematische Arbeit der der ITF angeschlossenen illegalen freigewerkschaftlichen Seeleuteorganisation unterschätzt.